



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Prof. Dr. Ulrich Reuter

anlässlich der Online-Presskonferenz

zur Konjunkturprognose

am Dienstag, 21. Januar 2025, in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen. Unsere Konjunkturprognose ist das Ergebnis der Berechnungen von zehn Chefvolkswirtinnen und Chefvolkswirten aus der Sparkassen-Finanzgruppe. Eingeflossen sind die Erfahrungen der Sparkassen in der täglichen Arbeit mit ihren Firmenkunden.

Prof. Dr. Carsten Wesselmann, der Chefvolkswirt der Kreissparkasse Köln, wird das Ergebnis gleich etwas näher erläutern.

Lassen Sie mich die wichtigsten Botschaften voranstellen:

1. Deutschland kann mehr. Die Wirtschaft muss raus aus dem lähmenden Stillstand und wieder mehr Dynamik entfalten. Eine Befreiung von fesselnder Bürokratie und ein klares Programm für wirtschaftliches Wachstum sind dafür zwingend.
2. Unser Land braucht dringend eine massive Investition, um die bröckelnde und oft veraltete Infrastruktur zu ertüchtigen. Das wird sich nicht nur aus den laufenden öffentlichen Haushalten finanzieren lassen. Deshalb muss man auch über die Schuldenbremse nachdenken. Aber so, dass neuen Krediten auch dauerhaft neue Vermögenswerte gegenüberstehen. Und so dass das klar ist: Jede Generation kann nur das verbrauchen, was sie erwirtschaftet hat.
3. Der Löwenanteil des für Investitionen und Innovationen benötigten Kapitals muss von Privaten kommen. Deutschland, die EU insgesamt, müssen sich deshalb so aufstellen, dass solche Investitionen für Private attraktiv werden. Die Sparkassen stehen bereit, privates Kapital in Form von Beteiligungen oder Krediten für den Aufbau eines neuen leistungsfähigen Kapitalstock zu unterstützen.

Lassen Sie mich diese drei Punkte kurz erläutern:

Erstens: Die Lähmung überwinden. Deutschland wird in diesem Jahr 2025 ein BIP-Wachstum von lediglich 0,2 % erreichen. Das ist eine Stagnation. Wenn die USA mit ihrem neuen Präsidenten auf Protektionismus setzen und die angekündigten Zölle auf Waren einführen, dann könnte das BIP-Wachstum hierzulande um 0,3 bis 0,6 Prozentpunkte sinken. Dann haben wir eine Rezession. Hinzu kommt: Auch wenn die Inflation mit 2,3 % in diesem Jahr näher an dem von der EZB angestrebten Ziel liegen dürfte: Die Kernrate – also die Verbraucherpreise ohne Energie, Nahrung, Alkohol und Tabak – bleibt bei 2,5 %. Und damit relativ hoch. Ursächlich dafür sind nicht zuletzt der Fachkräftemangel und hohe Produktionskosten. Es handelt sich also nicht nur um eine konjunkturelle Delle, die man vielleicht aussitzen könnte. Es geht um grundlegende strukturelle Defizite, die dringend angegangen werden müssen.

Früher war es vergleichsweise einfacher:

- Billige fossile Energien kamen aus Russland.
- China war ein kostengünstiger Vorproduzent und ein attraktiver Absatzmarkt. Auch das ist mindestens in Frage gestellt: China ist heute ein aggressiver Wettbewerber.
- Und Sicherheit erhielten wir von den USA. Bei niedrigem eigenen Einsatz. Auch das ist jetzt vorbei. Wir müssen deutliche höhere eigene Verteidigungsausgaben einplanen.

In kürzester Zeit muss deshalb sehr vieles gleichzeitig verändert und neu aufgestellt werden. Deutschland braucht deshalb möglichst schnell eine neue, stabile, handlungsfähige, vor allem mutige Regierung. Eine Regierung, die sich auf die dringenden Fragen konzentriert und nicht in bürokratischen Detailfragen verliert. Und wir brauchen eine Bevölkerung, die vor allem eines versteht:

- Es ist nicht die Zeit irgendetwas zu verteilen.
- Jetzt ist die Zeit, gemeinsam etwas zu erarbeiten.
- Und zusätzliche Lasten zu schultern. Natürlich müssen die fair verteilt werden.

Die vorgezogene Bundestagswahl ist eine große Chance für einen Neustart. Aber nur,

- wenn die Politik versteht, dass nicht Versprechungen und ungedeckte Schecks, sondern Anstrengungen und Zumutungen gefragt sind,
- und wenn die politische Mitte erkennt, dass sie eine mögliche gemeinsame Gestaltungsmehrheit zu einer echten Veränderung nutzen und dazu auch schwierige und ehrliche Kompromisse eingehen muss.

Zweitens: Wir müssen die Infrastruktur erneuern. Die Infrastruktur Deutschlands ist nicht mehr auf dem notwendigen Stand. Vieles ist in den vergangenen Jahren nicht modernisiert worden. Es bröckelt. Lassen Sie mich das nur an zwei Beispielen deutlich machen:

- Nach dem Online-Zugangsgesetz sollten Ende vergangenen Jahres sämtliche definierte 581 Verwaltungsleistungen online verfügbar sein. Tatsächlich sind heute 404 dieser Leistungen noch offline und nur 81 komplett. Im Bereich Familie und Kinder funktioniert kein einziger Verwaltungszugang online.
- Zweites Beispiel: 59 % der Kommunen sagen in einer aktuellen Studie, dass bei Sporthallen der Investitionsrückstand „gravierend“ oder „nennenswert“ ist. 62 % sagen das über ihre Schwimmbäder. 33 % über ihre Sportplätze. Ohne Sanierung müssen in den kommenden drei Jahren wohl 16 % aller Freibäder und 14 % aller Hallenbäder schließen. In 50 % der Kommunen musste bereits das Sportangebot eingeschränkt werden, davon in 50 % sogar in vielen oder allen Sportanlagen.

Nun mögen Einzelne vielleicht Sport für nicht so wichtig halten. Auf deutsche Olympiasiege bei möglichen Olympischen Spiele in Deutschland 2036 oder 2040 dürfen wir so jedenfalls nicht hoffen.

Und spiegelbildlich sieht es auch bei Straßen, Brücken und in den Schulen aus. Wir müssen eines verstehen: Wir leben von der Substanz und verbrauchen die Vermögensmasse, die wir bewahren und der nächsten Generation übergeben müssten. Nachhaltigkeit in diesem Sinne der Generationengerechtigkeit ist eine ökonomische Dimension, die in Deutschland nicht weiter sträflich vernachlässigt werden darf. Deshalb muss auf allen staatlichen Ebenen kräftig in die Infrastruktur investiert werden. Vor allem bei den Kommunen. Das braucht Kapital und eine bessere Balance zwischen Aufgabenzuweisungen und Einnahmen. Dabei müssen unsere Gemeinden, Städte und Landkreise gestärkt werden. Aus laufenden Einnahmen wird nur ein kleinerer Teil finanziert werden können. Deshalb werden Kreditfinanzierungen nötig werden.

Wichtig ist aber: Jedem Euro neuen Schulden muss dauerhaft ein Euro zusätzliches Vermögen gegenüberstehen. Im Bankerdeutsch sprechen wir von einer Bilanzverlängerung. Was nicht passieren darf: Neue Schulden, um dann das Kapital in dieser Generation zu verbrauchen und nachfolgenden nur Schulden übrig zu lassen. Solche Überlegungen sollten beachtet werden, wenn in der nächsten Legislaturperiode moderate Reformen der Schuldenbremse folgen sollten.

Drittens: Kapital mobilisieren

Der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi hat im September vergangenen Jahres in einem Bericht zur Zukunftsfähigkeit der EU eine europaweite Investitionslücke von 800 Mrd. EUR identifiziert. Das entspricht 4,5 % der europäischen Wirtschaftsleistung. Deutschland könnte die auf unser Land entfallende Lücke aus eigener Kraft schließen. Die Nettoersparnis dieses Landes betrug zuletzt jährlich 230 Mrd. EUR. Das sind 6 % der Wirtschaftsleistung. Es gibt also genügend Kapital. Es gibt auch in den mittelständischen Unternehmen eine sehr auskömmliche Eigenkapitalquote von im Schnitt etwa 37 %. Das ermöglicht auch dort Erweiterungsinvestitionen.

Es fehlt – „nur“ möchte man fast sagen – an einem wesentlichen Faktor: Vertrauen in den Standort Deutschland. Dieses Vertrauen muss die neue Bundesregierung aufbauen. Und zwar schnell.

Was braucht es dazu:

1. Ein klares Bekenntnis, dieses Land jetzt beherzt modernisieren zu wollen.
2. Eine mutige politische Agenda, die mehr Leistung und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt stellt. Eine Agenda, die allen Gruppen gleichermaßen etwas zumutet. Stärkeren Schultern mehr als schwächeren.

3. Eine Einladung an inländische und ausländische Investoren, hier ihr Kapital einzusetzen.

Gerade der letztere Punkt hat besonders viel Potenzial. Deutschland könnte den größten Teil seiner Investitionslücke durch privates Kapital selbst schließen. Das setzt voraus, dass größere Teile der Nettoersparnisse hierzulande verwendet werden. Gerade in den deutschen Unternehmen gibt es dafür gute Voraussetzungen. Ideen, Willen und auch das nötige Kapital. Das erfordert aber bessere Rahmenbedingungen. Neben einer guten Infrastruktur sind die beiden weiteren Faktoren die Mobilisierung des Arbeitsmarktes und der deutliche Abbau der Bürokratie. Auch Mario Draghi spricht in seinem Report von einem deutlichen Bürokratieabbau als Wachstumsmotor.

Der Bundeskanzler hat vor wenigen Wochen in einem Schreiben an die EU-Kommissionspräsidentin einen Bürokratieabbau von 25 %, für kleine und mittlere Unternehmen von 35 % gefordert. Ja, viel Bürokratie kommt aus Brüssel. Deutschland muss sich aber auch an die eigene Nase fassen. Auch bei uns werden zu oft fehlende Zukunftspläne durch immer neue Paragraphen ersetzt. Man sucht Sicherheit in Gesetzen und macht damit echte Zukunftsgestaltung immer schwieriger. Fast alle zur Bundestagswahl antretenden Parteien führen den Bürokratieabbau im Programm. Wir erwarten im Interesse unserer Kunden, dass die Politik nach der Bundestagswahl deshalb drei große Schwerpunkte setzt:

- Ernsthafter Abbau von bürokratischen, regulatorischen und planerischen Hemmnissen.
- Stärkung des Arbeitsmarktes durch Mobilisierung arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen. Knapp 2,8 Millionen Menschen in Deutschland sind ohne bezahlte Arbeit.
- Vier von zehn Eltern würden gern länger arbeiten, wenn es eine entsprechende Kinderbetreuung gäbe.
- Und eine gezielte Steuerung einer Einwanderung in den Arbeitsmarkt.

Das alles sind ungenutzte Ressourcen – stilles Kapital, das mobilisiert werden will.

Bisher wartet jeder darauf, dass der andere etwas tut. Zu wenige sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und den einen Schritt zusätzlich zu machen. Wir als Sparkassen-Finanzgruppe sind bereit, zusätzliche Schritte zu machen.

- Mit 42 % aller Unternehmenskredite in Deutschland bekennen wir uns zu den Investitionen in diesem Land.

- Wir sind bereit, noch mehr zu tun. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat die ökonomische Substanz, um den auf uns entfallenden Anteil der Zukunftsinvestitionen dieses Landes zu schultern.
- Und wir sind auch bereit, große Infrastrukturprojekte mitzufinanzieren. Die Beteiligung am Netzbetreiber TransnetBW, auch die Erschließung dieser Finanzierung für unsere private Kundinnen und Kunden – ist dafür nur ein Beispiel.

Wir glauben an die Zukunft dieses Landes. Wir sind ein Teil davon. Und wir laufen auch nicht weg, sondern gestalten die Zukunft hier.

Lassen Sie mich so zusammenfassen:

- Machen. Dürfen.
- Als Staat nicht nur reden, sondern machen.
- In Europa Unterschiede als Stärke erkennen und nicht alles mit Bürokratie gleich machen wollen.

Das scheinen mir die wichtigsten Aufgaben der nächsten Wahlperiode in Berlin und Brüssel zu sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Und übergebe nun an Prof. Dr. Carsten Wesselmann, Chefvolkswirt der Kreissparkasse Köln. Er wird Ihnen Details unserer Konjunkturprognose vorstellen.